

## Der überforderte Gesundheitsminister

VON MARTIN KESSLER

Karl Lauterbach zählt zu den Fachpolitikern, die es in der Bundesrepublik immer weniger gibt. Er ist als Mediziner und Epidemiologe ausgebildet und hat sich in der Wissenschaft einen Namen gemacht. Leider kommt es darauf nicht allein an. Zum Beruf des Politikers oder der Politikerin gehört es, für einen konsistenten Kurs eine Mehrheit zu organisieren, potenzielle Gegner einzubinden, die Öffentlichkeit durch Überzeugung und klare Ansagen mitzunehmen. All das gelingt Lauterbach nur selten.

Jüngstes Beispiel: die Einführung einer Kostenbeteiligung für Corona-Schnelltests. Wer nicht Umgang mit vulnerablen Personen hat, soll drei Euro zahlen. Das scheint zwar nicht die Welt zu sein, aber es könnte schnell teuer werden, wenn sich jemand aus Vorsicht mehrere Tage hintereinander testen will. Zudem kommt der Stopp der Gratis-Tests zur Unzeit. Denn die Zahl der Infektionen steigt und verursacht erhebliche Personalprobleme in kritischen Bereichen.

Das Muster des Gesundheitsministers ist immer wieder dasselbe. Er vertritt eine bestimmte Haltung, die er aber nicht zu Ende gedacht hat. Dann korrigiert er sie wieder oder gibt voreilig seinen politischen Widersachern nach. Die Impfpflicht war so ein Fall. Es hätte ihm klar sein müssen, dass er sie nicht gegen die FDP durchsetzen können. So verkämpfte er sich, konnte keine klare Begründung nennen und verlor sich im parlamentarischen Kleinklein.

Dabei steht die richtige Bewährungsprobe noch aus. Wenn die Fallzahlen im Herbst nach oben schnellen oder eine gefährlichere Variante auftaucht, muss er rasch und umsichtig handeln. Das trauen ihm immer weniger zu. Stattdessen warnt er unablässig vor der neuen Herbstwelle, obwohl vieles reine Spekulation ist. So bleibt der Eindruck eines überforderten Krisenmanagers, der überall präsent ist, aber die berühmte ruhige Hand vermissen lässt.

## Weltoffenheit kann man nicht verordnen

VON DOROTHEE KRINGS

Die FDP will Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen – um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Der Behördengang für Neuankömmlinge soll einfacher werden, die deutsche Bürokratie mit der internationalen Sprache eine Charmeoffensive verordnet bekommen. Und in der Tat: Man muss nur mal erleben, wie Menschen ohne Deutschkenntnisse im Einwohnermeldeamt stranden, Merkblätter zum Bundesmeldegesetz erhalten und Wohnungsgeberbestätigungen abgeben sollen. Bei Erstkontakten mit der deutschen Verwaltung mangelt es an Weltoffenheit. Auch sprachlich.

Allerdings ist es eine Sache, an gezielten Punkten auf Service zu setzen und Mehrsprachigkeit zu bieten – auch jenseits von Englisch. Eine zweite Verwaltungssprache braucht es deswegen nicht. Denn dann müssten sehr viele Texte übersetzt, Mitarbeiter geschult werden. Das Geld sollte man besser für die Digitalisierung der Verwaltung ausgeben. Dann müsste man für vieles gar nicht mehr zum Amt. Und für digitale Inhalte lassen sich leichter Übersetzungshilfen anbieten.

Die Ampelkoalition hat sich zu Recht vorgenommen, in der Migrationspolitik auf Pragmatismus zu setzen, Fachkräften schnelle Anerkennung von Abschlüssen zu bieten und lange geduldeten Migranten die Perspektive auf dauerhaftes Bleiben. Es gibt ein Potenzial für Fachkräfte, das bereits in Deutschland lebt. Auch ist es nicht verwerflich, bei der Zuwanderungspolitik wirtschaftliche Interessen im Blick zu haben. Doch Deutschland braucht keine zweite Verwaltungssprache, sondern Mehrsprachigkeit da, wo es nötig ist. Und eine gelebte Weltoffenheit, die das Land auch für Hochqualifizierte anziehend macht. Die aber kann man nicht verordnen. Sie muss sich erweisen – bei Behördengängen wie bei der Arbeit, im Sportverein oder in der Kneipe. Damit das alles eine Zukunft hat.



SOZIALER ZÜNDSTOFF

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

**ANALYSE** In der Pflege, bei Erziehern, im Handwerk - überall fehlen Fachkräfte. Zu welchem Chaos das führen kann, ist auch an den Flughäfen zu spüren. Dabei ist das Problem lange bekannt. Und die Lösungsansätze sind es auch.

## Händeringend mehr Hände gesucht

VON JANA WOLF

Wenn Julia Frisch von ihrem bevorstehenden Urlaub erzählt, dann spricht aus ihr vor: Sorge. Dabei könnten vier Wochen in Kanada doch Anlass zur Vorfreude sein. Julia Frisch (Name von der Redaktion geändert) will ihre Tochter besuchen. Sie haben sich lange nicht gesehen, seit die Tochter für ein Au-pair-Jahr nach Kanada gegangen ist. Doch die unzähligen Geschichten von stundenlangem Warten an den Sicherheitschecks diverser Flughäfen, von nervenzehrendem Bangen vor dem Abflug und verpassten Flügen haben Frisch die Urlaubsfreude verleidet. Jetzt will sie fünf Stunden vor Abflug am Flughafen sein.

Die Flugbranche ist momentan das prominenteste Beispiel dafür, welches Chaos entstehen kann, wenn es in der Hochsaison an Personal fehlt – aber längst nicht das einzige. Die Pandemie und in der Folge eingebrochene Beschäftigtenzahlen haben auch im Gastgewerbe, in der Hotellerie und der Veranstaltungsbranche tiefe Spuren hinterlassen. Dabei kam der Fachkräftemangel keineswegs erst mit der Pandemie. Pflege, Handwerk, Erziehung, Bildung, IT – all diese Bereiche können ein Lied davon singen.

Genaue Zahlen zu den fehlenden Fachkräften in Deutschland sind schwer zu finden. Gerade erst aber hat beispielsweise die Bertelsmann Stiftung ihren „Fachkräfte-Radar für Kita und Grundschule 2022“ veröffentlicht. Das Ergebnis: Mehr als 100.000 Fachkräfte fehlen, wenn wie geplant bis 2030 eine flächendeckende Umsetzung der Ganztagsbetreuung erreicht werden soll.

Auch die Engpassanalyse für 2021 der Bundesagentur für Arbeit vermittelt einen Eindruck, wie eklatant das Problem branchenübergreifend ist. Anhand ver-

schiedener statistischer Parameter wird für alle Berufsgruppen bundesweit ein Punktwert ermittelt. Zu den Parametern gehören etwa die Vakanzzeit, die Relation aus Arbeitssuchenden und offenen Stellen und die berufsspezifische Arbeitslosenquote. Liegt der ermittelte Punktwert bei zwei oder höher, handelt es sich um einen Engpassberuf. Deren Liste scheint kein Ende zu nehmen. Besonders groß sind die Engpässe etwa bei Pflasterern und Steinsetzerinnen, in Berufen im Tiefbau und der Leitungsin- stallation sowie in Pflegeberufen. Aber auch im Verkauf und in der Herstellung von Lebensmitteln, im medizinischen Sektor und in allen Berufsgruppen rund um den Hausbau sind in der Analyse die Engpässe nicht zu übersehen.

Eine Branche, die seit dem russischen Angriff auf die Ukraine besonders im Fokus steht, ist die Energiewirtschaft.

Raus aus der Abhängigkeit von fossilen Energien, rein in die Erneuerbaren – die Branche muss einen tiefgreifenden Umbau bewältigen. Dafür werden viele qualifizierte Hände und Köpfe benötigt, vor allem in technischen Berufen und im Baugewerbe. Irgendjemand muss die Windräder schließlich installieren und warten, die Gebäude energetisch sanieren und die Netze digitalisieren. „Prognosen zufolge müssen in den kommenden zehn Jahren 25 Prozent der Stellen in der Branche neu besetzt werden“, sagt die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Kerstin Andrae: „Das könnte auch zu einem Problem für die Energiewende werden.“ Andrae sieht großen Bedarf an Energie-, Klima- oder Umweltingenieuren, an IT-Fachkräften und Handwerkern. Die Liste der Engpassberufe wird immer länger.

Dabei fehlt es nicht an Erkenntnis, das Problem ist längst bekannt. Bereits 2011 hat die Arbeitsagentur die Fach-

### INFO

#### Umfrage zu Personalnot

**Umfrage** Unattraktive Jobbedingungen wie geringe Bezahlung oder ungünstige Arbeitszeiten beeinflussen den Fachkräftemangel in vielen Unternehmen – davon sind zumindest Arbeitnehmervertreter überzeugt, wie eine Umfrage unter 3900 Betriebs- und Personalräten des gewerkschaftsnahen WSI-Instituts hervorgeht.

**Fachkräftemangel** 56,2 Prozent der Befragten geben an, dass in den vergangenen 24 Monaten nicht alle ausgeschriebenen Stellen besetzt werden konnten. Besonders hoch sei der Anteil mit gut 80 Prozent im Gesundheitswesen und mit rund 72 Prozent am Bau.

**Qualifikation** Von den Befragten, deren Betrieb von Personalnot betroffen ist, berichten 70,5 Prozent, dass Stellen für Hochqualifizierte vakant geblieben sind, bei 63 Prozent waren es Jobs für Fachkräfte mit Berufsausbildung. Probleme bei der Gewinnung von Azubis geben 28,6 Prozent an, Personal für einfache Tätigkeiten fehlt bei 19,4 Prozent. Wenn es um fehlendes Personal für einfache Jobs geht, halten rund ein Drittel die unattraktiven Konditionen für ausschlaggebend. (rtr)



Ein Beispiel für die angespannte Personalsituation: die Pflege. FOTO: DPA

kräftesituation in Deutschland analysiert. Im Kern ging es um die Frage, wie der Fachkräftemangel abzuwenden ist, um Wachstum und Wohlstand zu erhalten. Zehn Handlungsfelder hat die BA damals ausgemacht, die sie auch den politisch Verantwortlichen vorlegte. Dazu zählte etwa, die Zahlen von Schulabgängern, Ausbildungs- und Studienabbrechern zu reduzieren, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu steigern, die Zuwanderung gezielt zu steuern oder die Weiterbildung voranzutreiben. Nichts davon hat an Aktualität verloren.

Diese Trägheit bei der Problemlösung gibt dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Anlass, von der Bundesregierung eine „beherzte Arbeitsmarktpolitik“ zu fordern. DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel findet, die Fachkräftegewinnung sei „kein Hexenwerk“: „Mehr Aus- und Weiterbildung, gute Arbeitsbedingungen, tarifliche Löhne, bessere Vereinbarkeit von Leben, Familie und Arbeit sind die Grundlagen“, sagt sie. Nicht nur die Politik, auch die Unternehmen müssten sich bewegen. Sie nennt das Beispiel Pflege: Zu viele würden den Beruf wegen hoher Belastungen nach wenigen Jahren wieder verlassen. Die DGB-Vorständin fordert unter anderem verlässliche Arbeitszeiten und bessere Bezahlung, das könne „Hunderttausende Pflegekräfte zurück in ihren Beruf locken“.

Es ist nicht so, dass sich die Bundesregierung nicht bewegen würde. So will man etwa die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. Arbeitsminister Hubertus Heil kündigte jüngst an, gemeinsam mit Innenministerin Nancy Faeser (beide SPD) im Herbst ein modernes Zuwanderungsgesetz vorlegen zu wollen. In Arbeit ist zudem ein Chancen-Aufenthaltsrecht, das langjährig geduldeten und gut integrierten Migranten einen festen Aufenthaltstitel verschaffen soll. Heil betonte auch, die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigern zu wollen. Die Erkenntnis ist da, die Lösungsansätze auch – doch das Problem besteht fort, wie an vielen Orten zu spüren ist.

### WISSENSDRANG

Das Deprimierendste an der Documenta ist für mich nicht der Antisemitismus in miserablen Kunstwerken. Es ist die offenkundig gewollte und gut durchgeplante Verantwortungslosigkeit bei den Verantwortlichen. (Ich meine nicht den Steuerzahler, der sich der Verantwortung für die Rechnung nicht entziehen kann.)

Man hat sich nicht die Mühe gemacht, selbst nach interessanten Künstlern aus dem „globalen Süden“ zu suchen. Aus Faulheit? Aus Desinteresse? Um nichts falsch zu machen? Jedenfalls muss hier einmal nicht die deutsche Schuld erhalten, um sich der eigenen Verantwortung zu entziehen. Auch im Namen des Dekolonialismus kann man die Verantwortung an andere weitergeben, die sie an wei-

## Keiner trägt die Verantwortung

Das Modell des Wegschauens und Wegduckens wird zum Muster der Gegenwart.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

tere Gruppen weitergeben, die neue Teams beauftragen...

Ist dieses perfekte Modell der organisierten Verantwortungslosigkeit nicht das Muster unserer deutschen Gegenwart? Es wird immer mehr Normalität, dass Verantwortung nicht mehr übernommen, sondern gespielt und dann, wenn Ärger gibt, bestritten wird. Niemand fühlte sich für das Flughafendesaster in Berlin verantwortlich, weil sich auch schon vorher niemand für die Planung verantwortlich gefühlt hatte. Und auch der Bundeskanzler fühlt sich offenbar nicht verantwortlich, seinen markigen Worten nach dem russischen Überfall auf die Ukraine Taten folgen zu lassen. Schließlich haben die Worte ja schon den schönen Schein des Verantwortungsbewusstseins geschaffen – was will man

mehr?

Na ja, die Bundeswehr würde schon gerne von der Regierung wissen, welche Strategie sie mit Blick auf die Ukraine verfolgt und welche Waffen sie daher liefern wird. Da kommt wenig. Auch hier handelt man nach dem Prinzip: Ärger ausweichen, also nichts machen. Erst mal sehen, was die anderen machen. Wenn die kleinen Niederlande ein paar Panzerhaubitzen liefern, dann zieht der 83-Millionen-Staat Deutschland nach und liefert zwei mehr. Glaubt man ernsthaft, so könne man am wenigsten falsch machen?

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.